

ENGAGIERT FÜR MG...



Das Team von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MG steht für Engagement, für Bürgernähe und eine gründlich andere Politik in unserer Stadt: filzfrei, fleißig, ehrlich, ökologisch, kritisch und offen - mit den grünen Tugenden - und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt - konnten wir schon viel erreichen. Klima- und Umweltschutz, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Arbeitsmarktchancen und Bildungsgerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und Lebensqualität für Jung und Alt, das sind unsere vorrangigen Ziele für die Zukunft: Mönchengladbach als ein lebens- und liebenswertes Oberzentrum am Niederrhein!

Ihr Dienstleister in Sachen Politik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
MÖNCHENGLADBACH
Brandenberger Straße 36
41065 Mönchengladbach
Tel. 0 21 61/206 404
Fax 0 21 61/205 569
mg.gruene@t-online.de
www.gruene-mg.de



gruene-mg.de

*30.8.
Ihr Tag!*

V.i.S.d.P.: Ulla Brombeis, Brandenberger Str. 36, 41065 MG, gedruckt auf Öko-Stern in Mönchengladbach © 7/2009

POLITIK GRÜNDLICH ANDERS

Unsere Positionen. Unsere Ziele.



Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

Sie haben die Wahl!

Am 30. August 2009 entscheiden Sie darüber, wer die Zukunft Ihrer Stadt gestaltet. Wir wollen der undurchsichtigen Klümpelpolitik von CDU und FDP endlich ein Ende bereiten und eine gründlich andere Politik, die geprägt ist von Transparenz, Offenheit und sozialer Gerechtigkeit für unsere Stadt.

Wir verstehen uns als Ihr Dienstleister in Sachen Politik und sind auch zwischen den Wahlen für Sie da. Wir engagieren uns für wichtige Themen vor Ort, in den Bezirken, in Ausschüssen und im Stadtrat. Unser Ziel ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, in der sich alle Menschen gerecht behandelt, zu Hause und sicher fühlen.

Unser Kommunalwahlprogramm 2009 soll Ihnen als Orientierung und Entscheidungshilfe dienen. Stellen Sie uns gerne Ihre Fragen oder lassen Sie uns wissen, was wir Ihrer Meinung nach noch besser machen können. Informieren Sie sich gründlich - oder wenn Ihre Zeit knapp ist, **auf die Schnelle (Seite 20)** über unsere Ziele und Erfolge in Mönchengladbach.

Wenn Sie unsere Ansichten und Positionen teilen, dann schenken Sie uns Ihr Vertrauen und wählen Sie am 30. August 2009 GRÜN!

Herzlichst
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Karl Sasserath



Oberbürgermeisterkandidat
für die Stadt Mönchengladbach

Kommunalwahlprogramm 2009 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Transparenz / Bürgerbeteiligung	2
Gebühren	4
Finanzen / Haushalt	5
Kommunale Verantwortung	9
Kinder / Familie	11
Schule / Bildung	13
Arbeit / Soziales	15
Senioren	18
GRÜN IN 2 MINUTEN	20
Frauen	22
Kulturen / Migration	23
Verbraucherschutz	24
Sport / Freizeit	25
Kultur	26
Umwelt / Verkehr / Klima	28
Wirtschaft	32
Mega-Einkaufszentrum	34
Innenstadtkonzepte	36
OB-Kandidat Karl Sasserath	38
GRÜNE KandidatInnen	40

Bild Titelseite: Wasserfrosch, Fotolla

Fotografie Team / KandidatInnen GRÜNE: Karin Poltoraczyk, Brüggen

Herausgeber: V.i.S.d.P. Ulla Brombeis
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MÖNCHENGLADBACH
Brandenberger Straße 36, 41065 Mönchengladbach
mg.gruene@t-online.de, www.gruene-mg.de
© 7/2009

Den Bürgerwillen respektieren

Die Forderung, sich an der Infrastruktur für ein großflächiges ECE Einkaufszentrum mit 14,5 Mio. Euro aus der Stadtkasse zu beteiligen, das Projekt „Giesenkirchen 2015“ oder die Querelen um das Pahlkebad in Rheydt sind nur drei von vielen Beispielen dafür, wie die Politiker der Ratsmehrheit in unserer Stadt am Bürgerwillen vorbeiregieren.

Um den Klügel zu stoppen, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mönchengladbach für nachvollziehbare politische Entscheidungen in Bezirksvertretungen, Rat, Verwaltung und den vielen städtischen Beteiligungsgesellschaften ein, mit dem Ziel, mehr Transparenz zu schaffen. Deshalb fordern wir, dass öffentlich zugängliche Informationen, wie z.B. Statistiken, Gutachten, Verkehrsentwicklungs- oder Flächennutzungspläne auf den Internetseiten der Stadt Mönchengladbach eingestellt werden. Dadurch werden Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligt - und Bürgernähe gefördert. Andere Städte praktizieren dies mit großem Erfolg.

Durch die Gründung der Entwicklungsgesellschaft Mönchengladbach (EWMG) erreichte die Grund- und Bodenpolitik in Mönchengladbach ein Höchstmaß an Undurchsichtigkeit; sie findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit nur noch im Hinterzimmer statt. Hinzu kommt, dass die EWMG keine Entwicklungsstrategie für Mönchengladbach eingeleitet und den Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklungspläne nicht kommuniziert hat. Deshalb fordern DIE GRÜNEN, dass die Entscheidungen über konkrete städtische Liegenschaften, die zur Zeit im Auftrag der Stadt durch die EWMG vermarktet werden, zukünftig wieder vom Stadtrat getroffen werden.

Wir verstehen uns als Dienstleister in Sachen Politik. Die Interessen, Sorgen und Anregungen aus der Bürgerschaft ernst zu nehmen und zu respektieren, das ist für uns Aufgabe und Verpflichtung.

Bürgerschaftliches Engagement stärken und fördern

Angesichts der hohen Schulden der Stadt bekommt bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement eine immer größere Bedeutung. Viele Menschen in Mönchengladbach engagieren sich in Vereinen, Organisationen, Initiativen oder als Einzelpersonen ehrenamtlich. Bisher fehlt der Stadt jedoch eine Gesamtstrategie zur Hebung dieses „Schatzes“. Hierin sehen wir einen wesentlichen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit.

Die Stadtverwaltung muss freiwilliges Engagement stärker durch personelle und räumliche Ressourcen unbürokratisch unterstützen und fördern. Dazu gehört auch, dass gemeinnützige Vereine städtische Flächen für Feste und Veranstaltungen, die keinem wirtschaftlichen Zweck dienen, gebührenfrei nutzen dürfen.

Neben den vielen gemeinnützigen Vereinen sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN speziell in der Beratungsstelle für Selbsthilfe und im Freiwilligen Zentrum wichtige Agenturen auf dem Weg zur Bürgerkommune; hier ergänzen sich Professionalität und Ehrenamtlichkeit zugunsten der Gemeinschaft.

Viele Veranstaltungen und „Highlights“ in Mönchengladbach, wie z.B. der Veilchendienstagszug oder der Blumenkorso in Rheydt wären ohne das leidenschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt undenkbar. Die gemeinschaftliche Arbeit trägt in hohem Maße zur positiven Identifikation und zum Image unserer Stadt bei.

Damit bürgerschaftliches Engagement die öffentliche Anerkennung erhält, die es verdient, unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besonders die regelmäßige Durchführung des Selbsthilfe- und Freiwilligentages in Mönchengladbach.

Hohen Müllgebühren eine Abfuhr erteilen

Bei den Gebühren für die Abfallentsorgung, Wasser und Abwasser (Kanal) sowie Straßenreinigung nimmt die Stadt Mönchengladbach im bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition ein. Nirgends ist die Entsorgung so teuer wie hier. Trotz hoher Gebühren hinterlässt unsere Stadt an vielen Stellen einen recht unsauberen Eindruck. Ein Mehrwert an Bürgerservice bei der Müllentsorgung ist im Vergleich zu anderen Städten ebenfalls nicht zu erkennen, auch nicht im Bereich Umweltschutz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern aus diesem Grunde die Senkung der Müllgebühren und Erhöhung der Transparenz durch Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft. Hierdurch verringern sich umsatzsteuerpflichtige Bestandteile (19%) der Abfallgebühren, außerdem entfielen die bisherige Gewinnabführung an die GEM. Seit Jahren konnte die Preiskalkulation der GEM nicht abschließend geprüft werden. Verträge der GEM mit Dritten sind für die städtischen Gremien nicht einsehbar. Hier muss zwingend Transparenz geschaffen werden.

Eine Sortieranlage für Hausmüll schafft z.B. die Möglichkeit, wertvolle Bestandteile des Mülls energetisch zu verwenden. Das ist nicht nur ein Beitrag zur ökologischen Abfallwirtschaft, sondern bewirkt auch eine Reduzierung der Gebühren, indem der Gewinn aus der Energieerzeugung dem Gebührenhaushalt zugeführt wird. Abfallberatung, Reinigung der Container-Standorte und die Behebung von Mängeln an Gefahrenpunkten im Bereich Abwasser sind weitere wichtige Forderungen im Bereich Entsorgung. Neue Kooperationen für eine regional erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der Abfallentsorgung müssen vertrauensvoll aufgebaut werden.

Strukturen verändern, Kosten senken

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Wir wollen nachfolgenden Generationen keine unbezahlbaren Schulden hinterlassen, sondern in die Zukunft investieren.

Dabei stellen der gerechte Zugang zu Bildung, der Klimaschutz und die soziale Stabilität wichtige politische Handlungsfelder dar.

Mönchengladbach, das im Zuge des industriellen Strukturwandels zehntausende Arbeitsplätze verlor, ist hoch verschuldet. Seit 16 Jahren verfügt die Stadt über keinen ausgeglichenen Haushalt und steht heute im Nothaushaltsrecht. Dieser Zustand entmachtet den Stadtrat und nimmt ihm faktisch sein Etatrecht. Gleichzeitig verleiht dies der Bezirksregierung und dem Kämmerer eine Entscheidungskompetenz und Machtfülle, die der parlamentarischen Demokratie abträglich ist. Ihnen gegenüber müssen Rat und Verwaltung ihre Entscheidungen ständig als kommunale Pflichtaufgaben und wirtschaftlich legitimieren.

Die Gesamtverschuldung Mönchengladbachs liegt aktuell bei über einer Milliarde Euro! Hierfür mussten im Jahr 2008 über 43 Mio. Euro Zinsen gezahlt werden - mit stetig steigender Tendenz. Bei einem bilanzierten Vermögen von 2,8 Milliarden Euro ist absehbar, wann das städtische Vermögen verbraucht sein wird und die Stadt den Banken gehört.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmeart für die Kommune. Im Jahr 2007 konnte die Stadt an der Gewerbesteuer 155 Mio. Euro vereinnahmen.

In Mönchengladbach ansässige Unternehmen leisten durch ihre Gewerbesteuer einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Stadt. Ohne die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wäre die Stadt schon lange zahlungsunfähig.

FINANZEN / HAUSHALT

Mönchengladbach benötigt die Gewerbesteuereinnahmen auch, um den hier ansässigen Unternehmen eine für sie notwendige Infrastruktur zu schaffen und zu erhalten. Fatal: Die FDP spricht sich dafür aus, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

Große Bedeutung kommt auch dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als Einnahmeart für die Kommune zu. Im Jahr 2007 flossen hieraus der Stadt 82,87 Mio. Euro zu. Die Jahrzehnte lange Ausbreitung sozialversicherungsfreier Arbeitsverhältnisse hat zu einem Rückgang dieser Einnahmen geführt, nicht zuletzt deshalb treten wir für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn ein.

Wichtig sind die Einnahmen an den städtischen Beteiligungen. Hieraus nahm die Stadt im Jahr 2007 noch fast 15 Mio. Euro ein. Leider beschlossen CDU/FDP, die städtischen RWE-Aktien zu veräußern. Fatal: Ohne die RWE-Dividenden verringern sich die städtischen Einnahmen auf geschätzte acht Mio. Euro.

1991 wurden Solidarpakt und Solidarbeitrag erstmalig eingeführt. Seitdem wurde die Stadt bis zum Jahre 2008 hieraus mit über 204 Mio. Euro belastet. Die Förderung nach der Himmelsrichtung, wie sie sich im Solidaritätsfonds ausdrückt, ist überholt. Auch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung macht keinen Unterschied zwischen armen und reichen Städten. Wir halten es für sinnvoller, die Städte nach dem Grad ihrer Bedürftigkeit zu unterstützen.

Die Folgen der Verschuldung treffen zuerst die so genannten freiwilligen Angebote: Bildung, Angebote für Kinder und Jugendliche, beim Sport, dem Sozialen und der Kultur. Der Abbau kommunaler Leistungen trifft wiederum wichtige Standortfaktoren, wenn es darum geht, Unternehmen zu halten und zu gewinnen. Die finanziellen Probleme führen bei den Gebühren wiederum zu weiteren Kostensteigerungen. So sind die Beiträge, die Eltern in Mönchengladbach für die Betreuung ihrer Kleinkinder aufwenden müssen, viel höher als in Städten mit genehmigten Haushalten.

FINANZEN / HAUSHALT

Immer wieder reklamieren CDU und FDP Finanz-, Haushalts- oder Wirtschaftspolitik als politische Kernkompetenzen für sich. Obwohl sie seit Jahrzehnten in Mönchengladbach mit ihrer Ratsmehrheit diese Politikfelder bestimmen, sind sie den Beweis hierfür schuldig geblieben. Unter ihrer Herrschaft wurde viel gebaut, aber kaum etwas in Stand gehalten.

Viele Schulen, Sportplätze, Bäder, Straßen oder städtische Immobilien befinden sich in einem schlimmen Zustand. Sicherlich bieten die zugesagten 32 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II die Gelegenheit, einige Sanierungsmaßnahmen kurzfristig durchzuführen, dennoch müssen wir in den nächsten Jahren auf der Basis solider Analysen die Sanierungsmaßnahmen fortführen. Wir konzentrieren uns bei Investitionen auf Sanierung und Substanzerhaltung.

Obwohl die Schülerzahlen ständig sinken, verweigern sich CDU/FDP zu klären, welche Schulgebäude verzichtbar sind und wie sie zukünftig genutzt werden sollen. Hier müssen wir mutige Entscheidungen treffen, um die notwendigen Schulen wieder in Ordnung zu bringen.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN meinen, in Zeiten knapper Kassen gehören Doppel- und Mehrfachstrukturen bei der Stadt und ihren Unternehmen auf den Prüfstand. Um Handlungsspielräume für politische Initiativen zu erhalten, müssen Kooperationen in Bereichen wie Sport, Kultur, Planungspolitik und Wirtschaftsförderung eingegangen werden.

Eine regional erfolgreiche Zusammenarbeit muss vertrauensvoll fortgesetzt, neue Kooperationen im Bereich der Abfallentsorgung, des Tourismus und des ÖPNV müssen aus- oder aufgebaut werden. Eine ruinöse Standortkonkurrenz mit öffentlichen Mitteln lehnen wir genauso ab wie eine Politik, die gewinnträchtige Unternehmen privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt.

Für einen Defizitausgleich und Schuldenabbau durch Vermögensverzehr oder Privatisierung städtischer Unternehmen stehen wir nicht zur Verfügung.

FINANZEN / HAUSHALT

Damit Mönchengladbach wieder in die Lage kommt, eigenständig zu haushalten, dürfen Bund und Land nicht länger ständig neue Kosten auf die kommunale Ebene verlagern.

Wir treten für eine kommunale Finanzreform ein, mit der arme Kommunen wie Mönchengladbach ihre finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen und dauerhaft sichern können. Dazu müssen Bund und Land einen Altschuldenfonds anlegen, der unsere Stadt von Zins- und Tilgungslasten vorübergehend befreit.

Angesichts der schwersten haushaltspolitischen Krise Mönchengladbachs seit 1945 und der größten internationalen Finanzkrise seit Jahrzehnten ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Verbesserung der Stadtfinanzen und eine nachhaltige Haushaltspolitik Richtschnur für die Beteiligung an politischen Haushaltsbündnissen und Koalitionen.

Weitere GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre:

- Kommunalisierung der Abfallentsorgung
- Soziale und ökologische Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Mönchengladbachs durch eine gerechte, transparente und verlässliche Steuer- und Abgabepolitik
- Stärkung des Mittelstandes und Verbesserung der Beschäftigungslage
- Einstieg in den „Bürgerhaushalt“ im Bereich der Bezirke und des Rates durch aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsgestaltung sowie mehr Transparenz im „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF).

KOMMUNALE VERANTWORTUNG

Kommunale Verantwortung statt weiterer Privatisierung

Von den negativen Folgen von Privatisierungen im öffentlichen Bereich blieb kaum eine Kommune verschont. Die beständigen Forderungen, öffentliches Eigentum zu verhökern, erhöhen den Druck auf die Verwalter kommunaler Besitztümer, auch das letzte städtische Tafelsilber noch zu Geld zu machen. Die verheerenden Folgen dieser „neoliberalen Politik“ zeigen sich nicht zuletzt in der derzeitigen Wirtschaftskrise. Vor diesem Hintergrund sprechen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür aus, keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Infrastruktur mehr vorzunehmen.

Stadtsparkasse Mönchengladbach

Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern ist auf ein Kreditinstitut mit einem dichten Zweigstellennetz vor der Haustür angewiesen. Nur die Stadtsparkasse Mönchengladbach in städtischer Trägerschaft bietet allen Menschen den Zugang zu einem Girokonto. Ob im Sport, in der Kultur, im sozialen Bereich oder im städtischen Haushalt - die Stadt Mönchengladbach profitiert auf vielfältige Art und Weise von der Stadtsparkasse in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Einer Privatisierung oder dem Verkauf der Stadtsparkasse Mönchengladbach werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Zustimmung geben.

Kommunale Wohnungsunternehmen

Kommunale Wohnungsunternehmen sind, unserer Meinung nach, zur Versorgung der Bevölkerungskreise, die auf bezahlbare Wohnungen mit gutem Standard angewiesen sind, unverzichtbar. Öffentlich gefördert, dauerhaft sozial gebunden, handelt es sich bei den Wohnungsbeständen der GWSG Mönchengladbach und der Rheydter Kreisbau AG um ein Kapital in Gemeindeeigentum. Gleichzeitig müssen die Unternehmen sich auch an diesen Maßstäben messen lassen.

KOMMUNALE VERANTWORTUNG

Die gemeinnützigen Wohnungsbau-Unternehmen GWSG Mönchengladbach und Rheydter Kreisbau AG stehen in der sozialen Tradition Mönchengladbachs, Rheydts und Wickraths - und das soll nach dem Willen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin so bleiben! Mit einer Privatisierung ihrer Wohnungsunternehmen verlöre die Stadt nicht nur einen wichtigen Teil ihrer sozialen Tradition, sondern auch ein wichtiges Mittel einer nachhaltigen, kommunalen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.

Städtische Trägerschaft als wirtschaftliches Erfolgsmodell

Die Städtischen Kliniken Mönchengladbach mit ihren Betriebsstätten Elisabeth-Krankenhaus Rheydt und die Hardterwald-Klinik sind ein Zentrum der Schwerpunktversorgung und zugleich akademisches Lehrkrankenhaus der RWTH Aachen.

Die Geburtshilfe-Abteilung der Frauenklinik und die Klinik für Kinder und Jugendliche sind gemeinsam als Perinatalzentrum der höchsten Versorgungsstufe (Level I) anerkannt.

Grund genug für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich auch in Zukunft für den Erhalt der Städtischen Kliniken in kommunaler Trägerschaft einzusetzen. Denn nicht die Rendite soll im Zentrum des Handelns stehen, sondern die ortsnahe gesundheitliche Versorgung der Patienten. Die Städtischen Kliniken sind ein wirtschaftliches Erfolgsmodell in städtischer Trägerschaft, das es unbedingt zu erhalten gilt.

Ebenso wenig Sinn haben vor diesem Hintergrund wiederholte Vorstöße, z.B. die Notfallrettung zu privatisieren. Auch diese Aufgabe würde dann den Gesetzen des freien Marktes unterliegen. Dies würde bedeuten, dass mögliche Standards und Qualitätsanforderungen nicht mehr so wichtig sind oder umgangen werden können, um Geld zu sparen. Auf Kosten der Patienten.

KINDER / FAMILIE

Mönchengladbach kinder- und familienfreundlicher machen

Die Lebensqualität einer Stadt wird vor allen Dingen an den Angeboten und Möglichkeiten gemessen, die sie Familien, Eltern und dem Nachwuchs bietet.

Familie, das bedeutet in wachsender Zahl auch Alleinerziehende, alternative Zusammenlebensformen und speziell in Mönchengladbach eine überdurchschnittlich hohe Zahl einkommensschwacher und von Arbeitslosigkeit betroffener Personen. Eine ausreichende Zahl von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren (U3), bezahlbare Kindergartenplätze (3-6 Jahre) sowie eine an der Nachfrage ausgerichtete Schullandschaft, das sind wichtige Voraussetzungen für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und im Interesse der Attraktivität der Stadt für junge Familien, das Angebot für Unter-Dreijährige zügig auszubauen, die ungleiche Versorgung in den Stadtteilen durch gezielte Ausbaumaßnahmen auszugleichen und der Stadt hierfür zustehende Mittel beim Land NRW einzufordern. Für Kindergärten müssen mehr Mittel bereitgestellt werden, um eine altersgerechte Förderung und eine intensivere sprachliche Bildung zu gewährleisten. Hier liegt Mönchengladbach weit hinter den von Bund und Land festgeschriebenen Zielen zurück. Bei den Kindergartenbeiträgen ist es genau umgekehrt - das muss geändert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich klar aus für verbesserte Betreuungsmöglichkeiten und größere Unterstützung der Eltern bei der Erziehungsarbeit. Die leere Stadtkasse ist dabei für uns kein Argument.

Auch im Freizeitbereich und im öffentlichen Raum muss sich die Angebotsqualität deutlich verbessern. Von Schadstoffen unbelastete Spielplätze, sichere Schulwege, attraktive Sport- und Freizeitangebote, wie z.B. das Pahlkebad, das sind wichtige Grundbausteine einer familienfreundlichen Stadt.

Vorbeugen statt nachbessern: mehr Jugendangebote

Die Kosten für Hilfen zur Erziehung sind in den letzten Jahren explodiert. Es geht darum, eine schlimme Entwicklung zu stoppen - und nicht darum, die schlimme Entwicklung etwas kostengünstiger zu gestalten.

Brechen Angebote für Kinder und Jugendliche vor Ort weg, dann haben diese oft keinen kompetenten Ansprechpartner mehr, wenn sie in Schwierigkeiten sind. Die Stadt muss dann oft ein Vielfaches der Mittel ausgeben, wenn aus solchen Kindern und Jugendlichen „aktenkundige Fälle“ werden. Dutzende der aktuell auch aufgrund der Landespolitik bedrohten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit könnten ihre Nachmittags- und Abendangebote für Kinder und Jugendliche aufrechterhalten, wenn nur ein, zwei Kindern die Heimeinweisung erspart werden könnte und das Geld für vorbeugende Breitenarbeit zur Verfügung stünde. Dringend nötig sind offene Jugendtreffs insbesondere in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Die politischen Mehrheiten von CDU/FDP lassen aber seit Jahrzehnten zukunftsweisende Ansätze in der Jugendpolitik vermissen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, jetzt die Mittel für die vorsorgende Kinder- und Jugendarbeit, z.B. für die Breitenarbeit der Verbände, Kirchen und Jugendhäuser zu erhöhen, um künftig Kosten für spätere Heimeinweisungen oder Hilfen zur Erziehung zu vermeiden. Die freien Träger sollen gemeinsam mit der Verwaltung hierfür ein Konzept erarbeiten. Unterstützt werden sollen diese Präventionsmaßnahmen durch den Ausbau von sinnvollen Kommunikations-, Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten für Jugendliche, die für jeden bezahlbar sind.

Indem Kinder und Jugendliche nach der Schule sinnvolle Angebote zur Freizeitgestaltung erhalten, lassen sich sozialschädliche und aggressive Verhaltensweisen verringern.

Städtische Schullandschaft nach Elternwillen ausrichten

6. und 7. Gesamtschule

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MG sehen in der offenen Ganztagsgrundschule ein Angebot, das sowohl den Bildungschancen als auch der Geschlechtergerechtigkeit dient. Zu viele Eltern fragen vergeblich nach einem Platz in einer Gesamtschule in Mönchengladbach für ihre Kinder, rund 45% aller Kinder - etwa 500 Schülerinnen und Schüler - werden jährlich von den Gesamtschulen abgewiesen. Die fünf aktuell bestehenden Gesamtschulen reichen nicht aus, um die konstant hohe Nachfrage zu decken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN respektieren den Elternwillen und setzen sich für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Schulangebotes ein. Mittelfristig ist die Einrichtung einer sechsten und siebten Gesamtschule in Mönchengladbach unabdingbar. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, die Zahl der Hauptschulen auf fünf bis sechs zu verringern, um eine gesicherte Mehrzügigkeit zu garantieren. Dabei darf für die sechste Gesamtschule auch ein Standort in einer anderen Schulform nicht ausgeschlossen werden.

Weiter fordern wir die Errichtung eines Bildungszentrums in innerstädtischer Lage z.B. auf dem leer stehenden Gelände des ehemaligen Zentralbades, mit Zentralbibliothek und einer siebten Gesamtschule. In Verbindung zur Musikschule, der Volkshochschule und den übrigen Schulen im Umfeld bietet der Standort an der Lüpertzender Straße vielfältige Entwicklungspotentiale und Synergien.

Wir brauchen mehr Ausbildungs- und Praktikumsplätze in Mönchengladbach. Dabei soll die Stadtverwaltung mit ihren Beteiligungsgesellschaften eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir treten darüber hinaus für einen Ausbildungspakt zwischen Handwerk, der IHK und der Stadtverwaltung Mönchengladbach ein. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen Unternehmen, die ausbilden, bevorzugt werden.

Bildung darf nicht an den Kosten scheitern

Kostenlose Schulverpflegung und Lernmittel für bedürftige Kinder und Jugendliche

In Mönchengladbach leben mehr als 2000 vernachlässigte Kinder und Jugendliche, die durch die Stadt betreut werden müssen. Nach einer Prognose des Jugendamtes wird diese Zahl noch weiter steigen.

Schulkinder, die keine Schulbücher haben, sind nicht mehr die Ausnahme. Immer häufiger beobachten Lehrer, dass Kinder ohne Schulsachen, nur leicht bekleidet und hungrig zum Unterricht erscheinen.

Für geschätzte 14.000 Kinder in Mönchengladbach ist ein tägliches gesundes Mittagessen nicht selbstverständlich. Jedes vierte Kind kann sein Recht auf Bildung nicht wahrnehmen, weil in der Familie das Geld für Schulhefte oder Stifte fehlt.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat jedoch für Kinder in Haushalten, die Hartz IV beziehen, die Befreiung von der Zuzahlung bei den Schulbüchern abgeschafft. Diese Tatsache grenzt aus, verbaut Lebens- und Lernchancen.

Allein BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben frühzeitig auf diesen unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht und reagiert. Mehrfach brachte die Fraktion Anträge für die Lernmittelfreiheit für Kinder in Haushalten, die Hartz IV beziehen, in den Rat und die Ausschüsse ein. Neben der kostenlosen Bereitstellung von Lernmitteln hat die Fraktion auch wiederholt die kostenlose Teilnahme am Mittagessen für all diejenigen Kinder, deren Familien von Arbeitslosengeld II leben, gefordert. Hiermit wollen die GRÜNEN auffangen, was die Eltern nicht leisten können.

Darüberhinaus unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung der Katholischen Liga Mönchengladbach nach einem gesunden Mittagessen für alle Kinder und einen kommunalen „Bildungs-Pott“, aus dem Schulmaterialien für jeden Schüler finanziert werden können.

Wege aus Arbeitslosigkeit und Hartz IV

Arbeitslosengeld II (ALG II): Beratungsangebote aufrechterhalten

Für viele Arbeitssuchende und ihre Angehörigen stellt das Arbeitslosengeld II keine Chance dar, sondern ihr Alltag ist eher von Ausgrenzung gekennzeichnet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, alle Möglichkeiten zu nutzen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Arbeitssuchende und ihre Familien brauchen soziale Teilhabe, Bildungsangebote und Beschäftigung müssen erhalten und entwickelt werden. Menschenwürdige und gerecht entlohnte Erwerbsarbeit sind für uns eine Selbstverständlichkeit (flächendeckender Mindestlohn sowie gleicher Lohn für gleiche Tätigkeiten bei Frau und Mann). Menschen ohne Arbeit sind oftmals sozial isoliert und daher dringend auf Einrichtungen angewiesen, die eine unabhängige sanktionsfreie Beratung, in der Problemlagen offen angesprochen werden können, gewährleisten. Das Vorhaben der Landesregierung NRW, die Förderung für die gut funktionierenden Arbeitslosenzentren, die auch wichtige Begegnungsstätten sind, landesweit abzubauen, halten wir politisch für eine Fehlentscheidung. Deshalb fordern wir den Erhalt des Arbeitslosenzentrums Mönchengladbach, um sicherzustellen, dass das bestehende Beratungsangebot für (Langzeit-) Arbeitssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte und Sozialhilfe beziehende Menschen aufrechterhalten bleibt und, entsprechend der Nachfrage, finanziell durch Leistungsverträge abgesichert wird. Institutionen wie etwa der Volksverein Mönchengladbach mit seiner besonderen sozialen Tradition sollten gestützt und gefördert werden. Da die Stadt Mönchengladbach mit einer Schuldnerquote von 16,43% einen bundesweiten Spitzenplatz belegt, halten wir den personellen Ausbau der Schuldnerberatung für sinnvoll. Dies führte mittelfristig zu einer wünschenswerten finanziellen Entlastung der Kommune.

Armut darf keine Strafe sein: Arme reicher machen...

Klimaschutz für Alle

Klimaschutz darf nicht eine Frage des Einkommens und der wirtschaftlichen Situation betroffener Personen sein. Auch „armen“ Haushalten muss es ermöglicht werden, durch Energieeinsparung dazu beizutragen, die CO₂-Belastung der Umwelt zu verringern.

Es ist paradox, wenn gerade Menschen mit geringem Einkommen als Folge unwirtschaftlicher Technik und Geräte mehr Geld für Energie ausgeben müssen, als Menschen, die es sich leisten können, energiesparende Geräte anzuschaffen. Der Stromverbrauch z.B. lässt sich durch bewusstes Verbraucherverhalten und durch Strom sparende Geräte beim Neukauf um bis zu 50 Prozent reduzieren.

Aber nicht allein das Verbrauchsverhalten führt zu einer Minimierung des Energieverbrauchs, sondern vor allem eine gute Wärmedämmung der Häuser und der Einsatz von energiesparender Wärmetechnik. Die Praxis der Verwaltung, wonach SGB-II- und SGB-XII-Empfänger seit dem 1.1.2009 verbindlich Energieausweise vorlegen müssen, wenn sie beantragen, eine neue Wohnung zu mieten, ist völlig ungeeignet, den Energieverbrauch zu reduzieren, da von Bedürftigen nicht etwas verlangt werden kann, was diese aus eigener Rechtskraft nicht erbringen können. Der Vermieter ist nicht dazu verpflichtet, einen Energieausweis (oder wenigstens eine Kopie) auszuhändigen. Die Stadt sollte für die mehr als 20.000 Haushalte in Mönchengladbach, die Leistungen nach dem SGB II und XII beziehen, ein zielgruppengerechtes Beratungs- und Informationskonzept zum Energiesparen in armen Haushalten entwickeln. Dabei sollen Träger wie die Verbraucherberatung, Sozialberatung und Umweltverbände einbezogen werden.

Armut darf keine Strafe sein: Soziale Verantwortung...

Wohnungswechsel auf den Prüfstand stellen

Die ALG-II Gewährungspraxis und die der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (SGB XII) führt dazu, dass jährlich zahlreiche Menschen in Mönchengladbach von den Sozialverwaltungen zum Wohnungswechsel aufgefordert werden. Viele Haushalte verlieren dadurch ihr bisheriges soziales Umfeld; ein Umstand der besonders Familien mit Kindern hart trifft. Wer die Wohnung nicht verlässt, ist gezwungen seinen Lebensunterhalt mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums zu bestreiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein dieses bisher weitgehend unkontrollierte Verwaltungshandeln auf den politischen Prüfstand zu stellen.

Sozialticket einführen

Konsequent treten wir dabei für eine Politik ein, die den Wert von Familien nicht an der Höhe des Inhalts der Brieftasche bemisst.

So muss eine Gesellschaft, will sie zugangsgerecht sein, Menschen eine angemessene Teilhabe an Mobilität ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dafür die Einführung eines Sozialtickets, das insbesondere Menschen mit geringen Einkommen die Möglichkeit eröffnet, das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mönchengladbach zu einem Sondertarif zu nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land NRW hierfür die erforderlichen Voraussetzungen schafft.

Armut, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit dürfen kein Grund sein, Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auszuschließen. Hier ist eine besondere Sensibilität für die Lebenssituation der betroffenen Menschen gefordert, um Wege aus der Armut zu ermöglichen.

Lebensqualität bis ins hohe Alter

Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft wird sich in den kommenden Jahren spürbar verändern. Die Menschen werden älter und unser Zusammenleben durch die Migration kulturell vielfältiger. Gleichzeitig wird die Gesamtbevölkerung zurückgehen: wir werden weniger. Das stellt uns nicht nur vor ökonomische, sondern auch vor große soziale und kulturelle Herausforderungen. Ziel muss es sein, auch unter diesen veränderten Bedingungen eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft ein selbst bestimmtes Leben führen können, das vom Miteinander der Generationen geprägt ist.

Alte Menschen gehören in unsere Mitte

Treffpunkte, wo ältere Menschen zusammenkommen und bei Bedarf Gespräche führen können, um ihrer Isolation und Vereinsamung entgegen wirken zu können, gehören in die Innenstadt und die Stadtbezirke. Dabei setzen wir auch auf gemeinwesennahe Einrichtungen, die von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen besucht werden. Öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Geschäfte sollten von älteren Menschen möglichst fußläufig oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sein. Um älteren Menschen eine Teilnahme am städtischen Leben zu ermöglichen, müssen besonders im innerstädtischen Bereich barrierefreie Wohnungen für ältere und behinderte Menschen geschaffen werden, der Zugang und die Aufenthaltsqualität der innerstädtischen Räume verbessert werden: z.B. durch Ruhe- und Verweilzonen, Erhaltung von Fußgängerzonen, Verbesserung fußläufiger Bereiche von Cityrandlagen zur Innenstadt, durch Grünflächen, bequeme Bänke und auch durch gepflegte öffentliche Toiletten. Letzteres kann auch durch Kooperation mit der Gastronomie (beispielhaft: Stadt Emden) erreicht werden.

Lebensqualität bis ins hohe Alter

Die Mobilitätsmöglichkeiten älterer Menschen müssen gestärkt werden. Ältere Menschen sollten so lange wie möglich mobil sein und sich selbst am Straßenverkehr beteiligen. Ein seniorengerechtes Nahverkehrskonzept mit guter Erreichbarkeit über Fuß- und Fahrradwege bzw. mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Beseitigung der Bedarfsschaltung bei Fußgängerampeln und fußgängerfreundliche Überwegslösungen erleichtern den Alltag und schaffen Lebensqualität.

Pflege menschlich gestalten

Pflegebedürftige ältere Menschen sollten möglichst lange selbstständig und eigenverantwortlich im eigenen Wohnbereich wohnen können. Neue Wohnformen, wie Gruppenwohnungen, Wohngemeinschaften etc., die älteren Menschen Unabhängigkeit, ihrem Gesundheitszustand angemessene Pflege, Kommunikation und Kontakt bieten, sind bevorzugt auszubauen. Heime und Pflegeeinrichtungen müssen durch ausgebildetes Personal die soziale Betreuung älterer Menschen erfüllen können. Dazu gehört auch, sich die notwendige Zeit für die Menschen zu nehmen. Kontrollen müssen strenger und auch unangemeldet durchgeführt werden. Angehörige von pflegebedürftigen Menschen sollten über Mitbestimmungsrechte und Gestaltungsspielraum eingebunden sein. DIE GRÜNEN fordern mit Nachdruck, in allen Wohnformen für pflegebedürftige ältere Menschen der Gewalt und Vereinsamung entgegenzuwirken. Das häusliche Umfeld, in dem noch mehr als drei Viertel aller Pflegebedürftigen betreut werden, ist in besonderem Maße zu betreiben und zu kontrollieren. Dafür muss das Amt für Altenhilfe genügend Sozialarbeiter einstellen.

Ältere Menschen müssen, z.B. durch Gründung eines Seniorenbeirats, stärker an kommunalen Planungen und Entscheidungen beteiligt werden.



Kommunalpolitische Positionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Senkung von überhöhten Gebühren und Abgaben
- mehr Transparenz und Stärkung des Bürgerwillens
- Vermeidung von Lärm- und Feinstaubbelastungen durch bessere Verkehrskonzepte, Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs und Ausbau des Radwegenetzes
- bessere und mehr Bildung, Arbeit und Lebensqualität für Jung und Alt
- mehr Unter-Drei-Betreuungsplätze und altersgerechte Förderung im Kindergarten, 6. Gesamtschule
- Entlastung des Haushalts von hohen Sozialabgaben durch mehr Vorbeugung im Bereich Jugend / Bildung
- Förderung kultureller Vielfalt und Integration
- kein überdimensioniertes, für den örtlichen Einzelhandel schädliches Mega-Einkaufszentrum in Mönchengladbach-Mitte
- Nein zum Ausbau des Flughafens Mönchengladbach, einer sinnlosen Investition, die Mittel für wichtigere Themen bindet, den Städtischen Haushalt belastet und Abgaben in die Höhe treibt
- Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Förderung ökologischer Technologien und Konzepte
- Stärkung des Standorts Mönchengladbach als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum am Niederrhein
- eine lebens- und liebenswerte Stadt mit einzigartigen, von den Menschen, die in ihr leben, geprägten Qualitäten

Was wir mit GRÜNER Politik schon erreicht haben...

Mit den GRÜNEN Tugenden und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt - konnten wir schon viel erreichen:

- ✓ Die Bäume an der Hohenzollernstraße in Mönchengladbach bleiben nach intensivem Engagement der GRÜNEN erhalten!
- ✓ Das Pahlkebad Rheydt wird renoviert!
- ✓ Ein überdimensioniertes Mega-Einkaufszentrum (ECE-Center) am Standort Hindenburgstraße, ehem. Schauspielhaus Mönchengladbach, ist vorläufig gestoppt!
- ✓ Der Etat der Städtischen Bühnen ist vorläufig gesichert!
- ✓ Giesenkirchen 2015 ist gestoppt, vorläufig wird die Sportanlage Puffkohlen in Giesenkirchen erhalten!
- ✓ Eine Feinstaubmessanlage an der Friedrich-Ebert-Straße in Rheydt wurde zur Überprüfung der Belastung auf der Basis aktueller EU-Richtlinien installiert!
- ✓ Artenschutz / Erhaltung von Naturschutzgebieten und Rückzugflächen für bedrohte Tierarten wurde u. a. in Hardterbroich und Bonnenbroich und in der Grube Flock in Odenkirchen umgesetzt!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MG
Politik, gründlich anders.

Mönchengladbach Stadt für Frauen

Zu einer gerechten Gesellschaft gehört eine konsequente Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit. Das war und ist einer der zentralen GRÜNEN Ansprüche an Politik. Frauenpolitik geht dabei weit über die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus. Besonders für Frauen ist diese Frage zwar noch immer zentral, wir wehren uns aber gegen die Gleichsetzung von Frauen- und Familienpolitik. Frauen- und Gleichstellungspolitik betrifft alle anderen Politikfelder von der Wirtschafts- über die Bildungs- und Sozialpolitik bis hin zur Haushalts- und Gesundheitspolitik. In der Praxis bedeutet das für uns, dass alle Politikbereiche nach ihren Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit hin überprüft werden müssen. Dabei haben sie sich an dem Anspruch zu messen, inwieweit sie der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung gerecht werden. Das Instrument dazu ist als „Gender Mainstreaming“, der Versuch, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen, bereits bekannt und muss in Zukunft auch in allen politischen Handlungsfeldern umgesetzt werden. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 22% weniger als ihre männlichen Kollegen in vergleichbaren Tätigkeiten (im europäischen Vergleich belegt Deutschland einen der hinteren Plätze).

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Reduzierung der Doppelbelastung von (allein erziehenden) erwerbstätigen Müttern und die Beseitigung des überdurchschnittlich hohen Anteils in Armut lebender allein erziehender Frauen sind vordringliche Themen der Frauenpolitik.

Die Absicherung von Frauenprojekten, Frauenhäusern, Gewaltschutzkonzepten, Frauenkultur und Frauenräumen ist weiterhin von hoher Wichtigkeit. Diese müssen von der Stadt Mönchengladbach auch zukünftig finanziell abgesichert werden.

Wertschätzung und Miteinander fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind entschiedene Gegner von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. GRÜN steht für Toleranz, gegenseitigen Respekt und ein friedliches Miteinander. Wo Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammentreffen und voneinander lernen, herrscht Dynamik, entsteht Neues. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für eine Kultur der Anerkennung und des Respekts. Dies bedeutet, Erfolge in der Praxis auch entsprechend zu würdigen: Eine Schule, wie die Gesamtschule Espenstraße, die Abiturjahrgänge mit Jugendlichen, die zu 60% einen Migrationshintergrund haben, hervorbringt, verdient unseren Respekt. Hieran müssen sich andere Schulen messen lassen.

Schon aus demographischen Gründen brauchen wir ein Schulsystem, das Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten zu höherwertigen Abschlüssen führt.

Insgesamt haben über 40.000 Menschen in Mönchengladbach ausländische Wurzeln. Sie alle zu integrieren, ist eine gewaltige Aufgabe. Der Integrationsbeauftragte der Stadt, aber auch der Integrationsrat haben auf diesem Feld sehr gute Arbeit geleistet, die es weiter nach Kräften zu unterstützen gilt. Viele dieser Menschen müssen auf Grund der geltenden Melde- und Passgesetzgebung regelmäßig die Ausländerbehörde im Rathaus Rheydt persönlich aufsuchen. Auch, weil dies nach wie vor im Rathaus nicht barrierefrei möglich ist, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als kurzfristige und kostengünstige Lösung die Verlegung des Einwohnermelde- und Ausländeramtes in die Räume des ehemaligen Finanzamtes an der Wilhelm-Strauss-Straße in Rheydt.

Wertschätzung sollte auch Flüchtlingen entgegengebracht werden, denn sie haben nur noch bis Ende 2009 die Möglichkeit, eine „Aufenthaltsurlaubnis auf Probe“ zu bekommen. DIE GRÜNEN sind für deshalb eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung.

Informations- und Beratungsangebote sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, Informations- und Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher zu sichern und zu fördern.

Damit sich Menschen vor Ort neutral informieren können, sind Einrichtungen wie die Verbraucherzentrale unverzichtbar. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat Zuschüsse gestrichen. Das spüren Ratsuchende einerseits an eingeschränkten Öffnungszeiten, andererseits gibt es viele Informationen nicht mehr kostenlos. Hiervon ist auch die einzige Verbraucherberatungsstelle in Mönchengladbach betroffen. Die Förderung dieser Einrichtung durch die Stadt muss aufgestockt werden, damit das Beratungsangebot personell verbessert werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Bund und Länder umgehend ein gemeinsames Konzept zur dauerhaften Absicherung und Förderung der Verbraucherinformation und -beratungsarbeit auf allen Ebenen entwickeln, z.B. in Form einer eigenen Stiftung. Bis dahin muss dieses Beratungsangebot von der Stadt finanziell unterstützt werden. Erhalten bleiben und finanziert werden müssen ebenso Angebote wie die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, die von der Stadt, dem Land NRW und durch den Sparkassenfonds NRW finanziert wird, Beratungsstellen wie pro familia, der einzigen konfessionell unabhängigen Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle vor Ort, das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach mit seinem unverzichtbaren Beratungsangebot, Vereine wie der Kinderschutzbund Mönchengladbach oder „Zornröschen“. Verbraucherorientiert müssen sich aus unserer Sicht auch die städtischen Behörden präsentieren. Formulare und Broschüren sollten auch von der Stadtverwaltung grundsätzlich in einfacher und verständlicher Sprache verfasst werden und im Internetauftritt der Stadt allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.

Fit in die Zukunft: Sport- und Freizeitangebote verbessern

Immer mehr Jugendliche sind zu dick, ernähren sich falsch und bewegen sich zu wenig. Fernsehen und Internet dienen zunehmend als Ersatz für aktive Freizeitgestaltung und das Selbsterleben. Vor diesem Hintergrund ist die Förderung des Breitensports und gezielter Bewegungsangebote - auch für eine wachsende Zahl älterer Menschen - eine zwingende gesellschaftliche Aufgabe.

Neben dem gesundheitlichen Aspekt bieten sportliche Aktivitäten und Vereinssport einen sozialen Rahmen, mit der Möglichkeit, Leistungen und Grenzen zu erproben und praktisch zu erfahren.

Um ein ausgewogenes Angebot von Leistungs- und Breitensport zu gewährleisten, ist eine gesamtstädtische Konzeption für die Sport- und Freizeitflächen in Mönchengladbach erforderlich. Nur so lassen sich Nahversorgung und individuelle Förderung wirtschaftlich sinnvoll gestalten und breite Bevölkerungsschichten erreichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich ausdrücklich zum Vereinssport. Die Erstellung nachvollziehbarer, gerechter Richtlinien zur Verwendung der Sportpauschale unter partnerschaftlicher Beteiligung der betroffenen Vereine sowie die Unterstützung sportlicher Leistungsträger unserer Stadt, sind vorrangige Ziele. Es darf kein „Opfern“ von Sportstätten für einseitige wirtschaftliche Interessen, wie z.B. unsinnige Wohnbebauung (Giesenkirchen, Grenzlandstadion) geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich bereits erfolgreich für den Erhalt und die Sanierung des Pahlkebades mit Zehn-Meter-Turm eingesetzt.

Der Erhalt der kleinen Schwimmbäder in den Ortsteilen, eine sozialverträgliche Preisstruktur für die Bädernutzung, Flächen-Neuerschließungen/Sport- und Freizeitkonzepte unter anderem für das JHQ sind unsere weiteren Forderungen.

KULTUR

Kultur - Lebenselixier für unsere Stadt...

Mönchengladbach verfügt traditionell nur über ein finanziell eingeschränktes, im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung in der Region, unterdurchschnittlich ausgestattetes Kulturangebot. Es gibt zwar Angebotsbereiche, die den Vergleich mit anderen Städten nicht scheuen müssen; in anderen Bereichen gibt es aber große Lücken, die von der Stadt gar nicht - und von anderen Veranstaltern nur teilweise oder gar nicht bedient werden.

Mit dem Theater Krefeld/Mönchengladbach und den Niederrheinischen Sinfonikern, dem Museum Abteiberg, dem Schloss Rheydt, der Musikschule verfügt die Stadt über ausgezeichnete Imageträger im Bereich der etablierten Kultur, die durch Bühnen, wie „Das Rote Krokodil“, „Die Spindel“, das „Theater Spielplatz“ und das „BIS-Zentrum“ ergänzt werden. Dazu kommt eine hohe Qualität der Kirchenmusik, vieler Chöre und Singkreise in der Stadt. Ein Reichtum, der von der Stadt bisher nicht ausreichend genutzt wird. Die konzeptionelle Dynamik liegt jedoch eher bei den kulturellen Einrichtungen selbst. Mönchengladbach wartet in Bezug auf kulturelle Attraktivität und Vielfalt, vor allem bei jüngeren Zielgruppen, nach wie vor mit einem „Null Image“ auf.

Bedeutende finanzielle Mittel und Sponsorengelder fließen über die Marketing-Gesellschaft MGMG zudem in die Förderung elitärer Event-Konzepte, zu denen breitere Bevölkerungskreise kaum Zugang haben. Das Gefälle zur „nicht etablierten, freien Kulturszene“ ist entsprechend groß; diese findet kaum offizielle Unterstützung in der gesamtstädtischen Konzeption und Kommunikation. Die Vernetzung der kulturellen Aktivitäten aller Sparten, Bildender Kunst, Musik, Theater, Literatur, insbesondere auch der freien Kulturszene, muss in der städtischen Förderung, im Stadtmarketing und der Öffentlichkeitsarbeit eine deutlich stärkere Berücksichtigung finden.

KULTUR

Kultur - Spiegelbild unserer Stadt...

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Entwicklung eines Kulturförderkonzeptes, um mehr Zielgruppen in das Kulturangebot in der Stadt einzubinden, mehr finanzielle Mittel für die freie Kulturszene, bessere Unterstützung bei der Suche bzw. Bereitstellung von Atelier- und Proberäumen für Künstler/innen und Musikgruppen. Insbesondere die Rock-, Pop- und Jazzszenen in Mönchengladbach sollte besser gefördert werden, z.B. durch ein jährliches Festival.

Kinder und Jugendliche müssen kulturell gefördert und die Bindung junger Menschen an die Stadt als Wohn- und Arbeitsort gestärkt werden. Hierzu zählt auch die intensivere Verknüpfung von Kultur mit den übrigen Lebensbereichen, wie z.B. Schule und Bildung, Wirtschaft und Einzelhandel durch Kooperationen.

Das Gelände des ehemaligen Zentralbades bietet sich als idealer Standort für ein innenstadtnahes Kultur- und Bildungszentrum mit Unterbringung der Stadtbibliothek an. Das bisher schon gute Angebot dieser Einrichtung könnte durch die bauliche Attraktivierung noch weiter verbessert werden.

Eine stärkere Berücksichtigung der kultur- und industriegeschichtlichen Vergangenheit sowie der Persönlichkeiten unserer Stadt - wie etwa Hugo Junkers oder Hans Jonas - würde das kulturelle Profil der Stadt schärfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die langfristige finanzielle Sicherung des Vier-Sparten-Theaters und der städtischen Kultureinrichtungen auf hohem Qualitätsniveau ein.

Ausdrücklich bekennen wir uns zur Kultur des Brauchtums und des bürgerschaftlichen Engagements als eine wichtige Säule der kulturellen und sozialen Identität unserer Stadt. Karneval und Veilchendientagszug, Schützenfeste und der Blumenkorso sind private Initiativen, die in hohem Maße zum positiven Image unserer Stadt beitragen.

Weniger Lärm- und Feinstaub durch Verkehr und Autoabgase

Mobilität und Lebensqualität verbinden

Die nach wie vor ungebremste Bevorzugung des Verkehrsmittels Auto in der städtischen Verkehrspolitik hat dazu geführt, dass immer häufiger Belastungsgrenzen, z. B. bei Lärm- und Feinstaub, überschritten werden. Mikroskopisch kleine Feinstaubpartikel kosten europaweit laut WHO jährlich über 300.000 Menschen das Leben. In einer EU-Richtlinie sind deshalb die Grenzwerte festgelegt worden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben wiederholt auf die Einrichtung von Mess-Stationen gedrängt, um insbesondere an stark belasteten Punkten Klarheit über die Situation zu schaffen, um erforderliche und längst überfällige Verbesserungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Mess-Station an der Friedrich-Ebert-Straße in Rheydt ist ein erster Schritt.

Die Reduzierung der Autoverkehrsbelastung ist nur durch den konsequenten, zügigen Ausbau von Alternativen wie z.B. Bus und Bahn möglich. Unsere Ziele: Bessere Verbindungen und kürzere Taktzeiten im öffentlichen Nahverkehr, fußgängerfreundlichere Straßenräume, Abschaffung der Bedarfsampelschaltungen, Konzeption und Ausbau eines wirklichen Radwegenetzes, keine unnötigen Straßenneubauprojekte wie die L 19, sondern Rückbau überflüssiger Hauptverkehrsstraßen und großräumige Verkehrsberuhigung mit Tempo 30-Zonen in Wohngebieten und im Innenstadtbereich, der Erhalt, die Pflege von Straßenbäumen und Grünanlagen, Schallschutz an Autobahnen und Bahnstrecken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind gegen den Ausbau des Flughafens Mönchengladbach und ebenso gegen eine direkte oder indirekte Beteiligung der Stadt über die NVV ab 2011 hieran als jährliches wirtschaftliches Verlustgeschäft in Höhe von ca. 5 Mio Euro.

Unser vorrangiges Ziel ist es, Mobilität und Lebensqualität zu verbinden - und so zu verbessern.

Umwelt- und Klimaschutz vor Ort umsetzen

Auf erneuerbare Energien setzen

Der UN Klimareport hat den „menschengemachten“ Klimawandel als wissenschaftlich unbestreitbar dargelegt. Die Ergreifung wirkungsvoller Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher CO₂-Emissionen liegen im Verantwortungsbereich jedes Einzelnen, also auch der Städte und Gemeinden. Kommunale Konzepte und Projekte sind von vielen Städten und Gemeinden bereits geplant oder umgesetzt worden. Obwohl die vielfältigen Auswirkungen des Braunkohleabbaus der Rheinbraun AG Mönchengladbach massiv schädigen, versäumt es die Stadt bis heute selbst, gegen diese verfehlte Energiepolitik deutliche Zeichen zu setzen: Die Stadt Mönchengladbach muss auf eine Versorgung aus erneuerbaren Energien umsteigen. Mit dem Beitritt zum Klimabündnis der Kommunen im Jahr 2009 ist ein erster Schritt erfolgt. Damit wurde endlich eine langjährige Forderung der Grünen umgesetzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Überprüfung aller kommunalen Gebäude hinsichtlich der Nutzung von Solar- und Photovoltaikanlagen, höchstmöglichen Einsatz von Energiesparmaßnahmen bei kommunalen Neubauten sowie die Erarbeitung eines Energiesparkonzeptes für den gesamten öffentlichen Bereich - von Turnhallenheizungen bis zur Straßenbeleuchtung. Hier muss der Oberbürgermeister hinsichtlich der Straßenlaternen endlich neue Verträge mit der NVV AG aushandeln. Das könnte zu einer Ersparnis (und damit Entlastung des Haushalts) von ca. 450.000 Euro führen. Die NVV AG als lokaler Energieversorger muss Haushalte künftig stärker mit umweltfreundlicher Energie, wie z.B. aus Nahwärmeversorgung, Blockheizkraftwerken, gasmotorischen Kraft-Wärme-Pumpen und Photovoltaikanlagen versorgen.

Atomenergie halten wir aufgrund der nicht beherrschbaren Risiken und Folgen für unverantwortbar, die Rückkehr zur Atomkraft für einen Irrweg.

Umwelt- und Klimaschutz vor Ort umsetzen

Versiegelung stoppen, Natur erhalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich dafür, dass in Mönchengladbach weitere Flächenversiegelungen gestoppt werden. Ungenutzte innerstädtische Brachflächen müssen zugunsten von Freiflächen als Ausgleich entsiegelt werden. Die Sanierung altlastenverseuchter Böden hat oberste Priorität. Klimawandel und Bodenversiegelung bedingen, dass kurzzeitige, heftige Niederschläge im Stadtgebiet immer häufiger zu Überschwemmungen führen. DIE GRÜNEN treten für einen nachhaltigen Hochwasserschutz ein. Die Renaturierung der Gewässer an der Niers darf nicht dazu missbraucht werden, stark verunreinigtes Wasser anstatt in das Kanalnetz in die naturnahen Fließgewässer einzuleiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Kontrolle der durch Rheinbraun verursachten Grundwasserabsenkung ein und sprechen sich auch weiterhin klar und eindeutig gegen Garzweiler II aus. Durch Anreize in einer neuen Gebührensatzung wollen wir die Regenwassernutzung vorantreiben. Neben dem Bereich Wasser muss auch die Luft in Mönchengladbach besser werden, was unter anderem durch einen Luftreinhalteplan und eine umweltorientierte Verkehrspolitik erreicht werden kann.

Bäume und Grün erhalten / keine Gentechnik

Straßenbäume, Pflanzen und Grünflächen sind wirkungsvolle natürliche Feinstaubfilter, dienen der Erholung, prägen das Erscheinungsbild der Stadt und tragen so zur Lebensqualität bei. Diese gilt es durch Erhaltung alter Bäume und durch Neupflanzungen zu sichern. Weil der Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen unkalkulierbare Risiken birgt, setzen sich DIE GRÜNEN dafür ein, dass der Anbau solcher Pflanzen im Stadtgebiet unterbleibt, Pachtverträge für städtische Flächen sind mit Verbotsklauseln zu versehen.

MG - Heimat für Steinkauz, Wasserfrosch und Co.

Tierwelt und bedrohte Arten schützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren bereits mehrfach an der Rettung bedrohter Tierarten im Stadtgebiet beteiligt. Auf der Grundlage nationaler und internationaler Artenschutzabkommen wurden Steinkäuze im Bereich des Bungtbachs in Hardterbroich und der Eichenstraße in Bonnenbroich unter Schutz gestellt. Weiterhin konnte durch das Engagement der GRÜNEN, zumindest vorläufig, die Verfüllung der in einem Landschaftsschutzgebiet liegenden „Grube Flock“ in Odenkirchen verhindert werden. Hier haben Kreuzkröte, Zwergtaucher, Wasserfrosch, Bergmolch, Teich- und Fadenmolch ihren Lebensraum gefunden.

Weil es zum Selbstverständnis GRÜNER Politik gehört, Umwelt und Natur zum Wohle des Menschen zu schützen, werden wir uns auch in Zukunft mit Nachdruck für die Erhaltung von Schutzräumen für bedrohte Arten einsetzen. Auch bei der pragmatischen Problemlösung im Alltag sind DIE GRÜNEN für Bürgerinnen und Bürger immer wieder Ansprechpartner in Sachen Umweltschutz vor Ort.

Hundewiesen

Mit mehr als 11.000 Hunden gehört Mönchengladbach zu den Städten mit der höchsten Hundedichte in Deutschland. Hundebesitzer/innen leisten mit ihrem Hundesteueraufkommen von ca. 1,3 Mio. Euro einen großen Beitrag zum Haushalt der Stadt. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung aus der betroffenen Bürgerschaft, Hundewiesen auszuweisen, absolut begründet. Bereits im September 2008 legten wir einen entsprechenden Antrag vor; die Mehrheit von CDU und FDP lehnte ab. Erst nachdem eine Hundelobby mit mehr als 1.000 Mitgliedern gegründet wurde, haben sich die Politikerinnen und Politiker der anderen Fraktionen bewegt und schließlich der Errichtung von Freilaufflächen für Hunde zugestimmt.

Ökonomie und Ökologie: Wirtschaft mit Zukunft

Mönchengladbach mit zukunftsfähigen Energien nachhaltig erneuern

Die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist dringend notwendig. Gegen die Umwelt lässt sich auf Dauer kein Gewinn erzielen. Die weltweiten Finanzmärkte haben sich längst von der Verantwortung für die Natur, Umwelt, Gesellschaft und den Menschen entkoppelt. Wie z.B. Rheinbraun zeigt, mit drastischen Auswirkungen auch für die ohnehin strukturschwache Wirtschaft unserer Stadt und Region.

Um zukunftsfähig zu werden, braucht der Wirtschaftsstandort Mönchengladbach mehr und konsequentere Innovation, wie sie z.B. der Bereich der erneuerbaren Energien und Ökologie bietet.

Mit entsprechender Schwerpunktsetzung kann es gelingen, aus dem früheren Textilstandort einen „Energiestandort“ zu machen. Impulsgeber und eine tragende Säule kann die Hochschule Niederrhein sein, z.B. erweitert um den zukunftssträchtigen Fachbereich Energie. So wird eine Brücke zwischen Tradition (Textilwirtschaft) und Zukunft (Erneuerbare Energien) geschlagen. Das mittelfristig freiwerdende Gelände des Polizeipräsidiums bietet sich als ein idealer Standort hierfür an.

Sowohl bei der Wirtschaftsförderung, d.h. bei der Neuan siedlung von Unternehmen, als auch bei der Stadtentwicklung und Modernisierung können Zeichen in diese Richtung gesetzt werden. Die Stadt muss mit ihren eigenen Immobilien Vorbild sein, aber auch mit Beratung und Serviceangeboten den Sanierungsstau im privaten Bereich zum Wohle von Umwelt und Beschäftigung angehen. Große und kleine, sofort umsetzbare Maßnahmen zum Klimaschutz können dabei unmittelbar qualifizierte Beschäftigung und Arbeitsplätze in Mönchengladbach schaffen und langfristig die (Verbrauchs-) Kosten senken.

Diese Neuausrichtung bietet viele Ansätze für wirtschaftliche Impulse. Im Bereich Stadtentwicklung und Architektur sind die Innenstadtkonzepte von Mönchengladbach und Rheydt eine ideale Ausgangssituation für ein Umdenken: z.B. durch die Ausstattung von Gebäuden mit Solarenergie, Platz- und Architekturgestaltung unter Einbeziehung energiesparender Technik, Öffentlicher Nahverkehr mit Elektro- bzw. Hybrid-Bussen, schadstoffarme Taxis. Von einer derartigen innovativ ökologischen Ausrichtung auf gesamtstädtischer Ebene profitieren wiederum lokale Unternehmen und Handwerksbetriebe, aber auch das Image und die überregionale Strahlkraft der Stadt. Der Schlüssel zur dauerhaften Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in unserer Stadt liegt in der Verknüpfung von Innovation und Nachhaltigkeit. Hierin sehen wir eine Jahrhundertchance für das Oberzentrum Mönchengladbach.

Oft wird der Eindruck erweckt, das wirtschaftliche Wohl unserer Stadt läge in der Vergrößerung von Einzelhandelsflächen, in der Ansiedlung neuer Verbrauchermärkte oder dem Bau unsinniger Wohngebiete in den Randbereichen, während die Innenstädte noch mehr veröden. Das mag daran liegen, dass hieran einzelne Unternehmen gut verdienen. Das Gemeinwohl und die Lebensqualität unserer Stadt profitieren hiervon nicht. Überdimensionierte Einkaufszentren bergen deutlich mehr Gefahren für den städtischen Einzelhandel als Nutzen, weil die Stadt ihre finanziellen Mittel damit für den Konkurrenzkampf zwischen den Städten und nicht für Alleinstellungs-Qualitäten ausgibt.

Ganzheitlich ausgerichtete bürgerfreundliche und auch kulturell attraktive städtebauliche Konzeptionen bieten ein hohes wirtschaftspolitisches Potential. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich vor dem Hintergrund klimapolitischer Herausforderungen, für die gewinnbringende Verbindung von regionaler Wirtschaft und Ökologie in Mönchengladbach ein.

Kein Mega-Einkaufszentrum in Mönchengladbach

Mega-Einkaufszentrum zerstören Stadtstrukturen, schaden dem Einzelhandel und veröden die Innenstädte

Die Pläne, auf dem Gelände des Stadttheaters Mönchengladbach an der Hindenburgstraße und im innerstädtischen Umfeld ein überdimensioniertes ECE-Einkaufszentrum mit 50.000 Quadratmetern neuer Einzelhandelsfläche zu errichten, konnte durch das Engagement von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Bezug auf die EU-Rechtsprechung, vorläufig gestoppt werden. Das Thema ist aber mit neuem Namen, als Handels- und Dienstleistungszentrum (HDZ) und auch mit Beteiligung von ECE, top-aktuell.

Die Errichtung eines Mega-Shoppingcenters wird drastische Folgen für den örtlichen Einzelhandel, für die Verkehrssituation und für die Stadt im Allgemeinen nach sich ziehen. Jahrhundertalte, gewachsene, kleinteilige Stadtstrukturen werden mit einem Schlag unwiederbringlich zerstört und durch ein einziges Mega-Shoppingcenter mit einer viel zu großen Verkaufsfläche ersetzt. Unvorstellbar, was mit dem Fremdkörper im Herzen der Stadt passiert, wenn die Nachbarstädte aufgerüstet haben oder die Center-Manie in einigen Jahren gänzlich unmodern werden sollte.

Mega-Shopping-Center (wie das geplante HDZ) sind mit ihrer riesigen Größe darauf ausgelegt, dass hier alle Einkaufsbedürfnisse einschließlich Unterhaltung und Gastronomie konzentriert befriedigt werden können. Die übrige Stadt wird zum Shoppen dann kaum noch benötigt. Wenn wichtige Filialisten in das Mega-Shopping-Center umziehen, werden die Hindenburgstraße und auch die Rheydter Innenstadt weiter veröden. Ein derartiges Center saugt weiträumig Kaufkraft ab und schadet damit der gesamten Stadt und ihren Ortsteilen.

Wissenschaftliche Studien belegen die Schädlichkeit zu großer Einkaufszentren für die Innenstädte. Die ungebremste Vermehrung von Verkaufsflächen bei einem gleichzeitigen Stagnieren oder gar einem Rückgang der Kaufkraft geht einseitig zu Lasten des innerstädtischen Einzelhandels. Insolvenzen und weitere Immobilienleerstände sind ebenso häufig zu beobachten wie Steuermindereinnahmen durch die Filialisierung.

HDZ zieht zusätzlichen Autoverkehr an

Ein Mega-Einkaufszentrum zieht zusätzlichen Autoverkehr in die Innenstadt. Im Bereich der Steinmetzstraße soll der Verkehr von bisher ca. 20.000 täglich auf 25.000 PKW steigen. Hinzu kommt die Anlieferung großer Warenmengen durch Lkw. Diese Entwicklung wird den Schwerverkehr in der Mönchengladbacher Innenstadt deutlich steigern. Die Bismarckstraße soll zu einer sechsspurigen Straße ausgebaut werden, um dem täglichen Verkehrsaufkommen gerecht werden zu können. Das bedeutet mehr Lärm und noch mehr Abgase im Zentrum.

...14,5 Mio. Euro - für Tunnel und Verkehr, bezahlt mit unseren Steuergeldern.

Mit einem Mega-Einkaufszentrum im Bereich des alten Stadttheaters wird es zu einer Sperrung der Steppesstraße kommen. Ein Auto-Tunnel, der mit Steuergeldern hierfür gegraben werden soll, durchtrennt dann die Innenstadt. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet das eine nicht zu tolerierende Verkehrsplanung. Diese hat schon im Vorfeld hohe Kosten verursacht und zeugt von einem längst überholten Verständnis einer autogerechten Stadt, wie es heute nicht mehr zeitgemäß ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich weiterhin mit Nachdruck gegen den Bau eines überdimensionierten, für den Einzelhandel und die Stadt schädlichen Mega-Einkaufszentrums aussprechen.

Zentren von Mönchengladbach und Rheydt stärken

Zu lange hat die Mehrheitspolitik in Mönchengladbach dem Verfall der Innenstädte ohnmächtig zugesehen bzw. diesen durch die Ansiedlung riesiger Einzelhandelsflächen in den Cityrandlagen erheblich begünstigt. Wirkliche städtebauliche Konzepte oder Handlungsansätze, die dem Strukturwandel im Einzelhandel und auch in der Bevölkerungsstruktur unserer Stadt begegnen, hat es bis zur jüngsten Zeit nicht gegeben.

Mit der Agenda 2030 und mit den - auch unter dem Druck aus der Bürgerschaft - auf den Weg gebrachten Innenstadtkonzepten für Mönchengladbach und Rheydt ist endlich das Bewusstsein gewachsen, dass etwas passieren muss, um die Zentren neu zu beleben. Fest steht, dass in naher Zukunft immer mehr ältere Menschen und auch Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt leben werden. Hier sind aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allen Dingen Qualität, Transparenz und Bürgerbeteiligung gefragt, um Fehler und negative Entwicklungen wie in der Vergangenheit zu unterbinden.

Die Innenstädte von Mönchengladbach und Rheydt brauchen nicht mehr Einzelhandelsflächen-Wachstum, sondern an vielen Stellen deren qualitative Erneuerung. Dazu hochwertigen Wohnraum für Familien, Senioren und Menschen jeden Alters, bessere Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie eine architektonisch anspruchsvolle Gestaltung des Stadtraums mit Grün- und Spielflächen und Ruhezeiten.

Weil sich für die Stadtentwicklung wichtige Grundstücksflächen in städtischer Hand und im Besitz örtlicher Bauunternehmen befinden, gilt den Planungen hierfür unser besonderes kritisches Augenmerk.

Für zukünftige Bebauungen müssen unbedingt formale Richtlinien und Nutzungsvorgaben entwickelt werden, um eine von Qualität bestimmte Umsetzung sicherzustellen.

Nach grundsätzlicher Verabschiedung der Konzepte durch den Rat müssen zügig die „Hausaufgaben“ gemacht werden: dies sind insbesondere: Beantragung und Ausnutzung von Fördermitteln für die Innenstadtkonzepte, Erprobung und Verfeinerung der innerstädtischen Verkehrskonzepte, Gestaltungswettbewerb für den Rheydter Marktplatz, intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Planungs- und Umsetzungsschritten. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Innenstadtkonzepte und der Lösung der sich hieraus ergebenden städtebaulichen Aufgaben, stehen städtische Beteiligungsgesellschaften, wie z.B. die Kreisbau AG in einer besonderen Verantwortung. Einem Neubau des Rathauses Rheydt stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, angesichts der desolaten Haushaltslage, ablehnend gegenüber. Gleichwohl sind bauliche Maßnahmen umzusetzen, die einen barrierefreien Zugang zu den wichtigen Verwaltungsstellen ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dafür aus, den Bau- und Planungsausschuss um einen Gestaltungsbeirat zu erweitern.

Professionelles City-Management Schnittstelle schaffen

Die Schaffung einer professionell besetzten Schnittstelle zwischen Verwaltung, den Planungs- und Baubeteiligten, City-Management, Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern sowie Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung des Marketings und der Kommunikation, ist eine zwingende Notwendigkeit, um nachhaltig wirksame, positive Lösungen zu erzielen. Hierzu zählt auch ein Quartier-Management bzw. Einbeziehung und Verpflichtung der Eigentümer von Immobilien und Ladenlokalen in den Innenstadtlagen.

Wirtschaft, Tourismus und Regionalisierung Oberzentrum Mönchengladbach

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Beitritt zum Niederrhein-Tourismus-Verband eine weitere Chance, die Stadt als überregional bedeutendes Oberzentrum am linken Niederrhein zu positionieren.

KARL SASSERATH, Oberbürgermeisterkandidat
für die Stadt Mönchengladbach

Für eine Politik, die den Menschen mitnimmt...



Politisches Handeln
braucht Mut und
Verantwortung.
In diesem Sinne stelle
ich mich gerne den
Herausforderungen
der kommenden
Jahre...

Mein Mönchengladbach ist Ihre Stadt.

Mönchengladbach braucht in vielen Bereichen vor allen Dingen eine deutliche Verbesserung der Qualität: Wohnen, Arbeit, Integration, Bildung, Chancengerechtigkeit, bessere Angebote für Jung und Alt. Die Mehrheitsparteien von CDU und FDP in Mönchengladbach haben schon viel zu lange mit einer Politik zwischen Mittelmäßigkeit und Größenwahn das Profil und die Lebensqualität unserer Stadt geprägt. Viele politische Entscheidungen sind wenig durchschaubar, weil sie, begünstigt durch die Städtischen Tochtergesellschaften, oftmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Hierbei bleiben immer wieder die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf der Strecke.

Die Seele einer Stadt, das sind aber vor allen Dingen die Menschen, die in ihr leben. Ihr Engagement und persönlicher Einsatz prägt sowohl auf professioneller, als auch auf ehrenamtlicher Basis das Angebot und das Bild unserer Stadt.

Gute Politik, das ist nach meinem Verständnis eine Politik, die auf der Grundlage des eigenen hohen Anspruchs, den Menschen mitnimmt und in die Entscheidungen einbezieht.

KARL SASSERATH, Oberbürgermeisterkandidat
für die Stadt Mönchengladbach

Mein Mönchengladbach ist eine starke Stadt.

Auch wenn die städtebaulichen, wirtschaftlichen und kulturellen „Baustellen“ vielerorts unübersehbar sind, verfügt Mönchengladbach doch über besondere Qualitäten, zu denen auch die Menschen zählen, die durch ihre positive Identifikation als „Mehrwert“ in einer „schlechteren Zeit“ angesehen werden müssen.

In meiner Tätigkeit als Bezirksvorsteher in Rheydt-Mitte habe ich vielfach erlebt, dass sich durch gemeinschaftliches Engagement, mit Pragmatismus und den Fähigkeiten einzelner Personen, Vereine oder Institutionen, auch in einem eng gesteckten Rahmen, eine Menge bewegen lässt.

Mönchengladbach, das ist natürlich VFL Borussia in der 1. Liga, ein international angesehenes Museum Abteiberg, ein über die Region hinaus geschätztes Vier-Sparten-Theater, Schloss Rheydt und Schloss Wickrath als Naherholungsziel, aber es ist auch Hockey, Vereinssport, freie Kultur, wie Das Rote Krokodil, Bis-Zentrum oder die Spindel, das sind KünstlerInnen und Kreative, Karneval, Schützen - und es ist immer wieder hohes soziales Engagement. Das Profil einer modernen, aber traditionsbewussten Stadt durch eine ganzheitliche und differenzierte Darstellung nach außen und nach innen zu stärken, das ist mein Ziel für das Amt des Oberbürgermeisters.

Herzlichst Ihr
Karl Sasserath

Oberbürgermeisterkandidat
für die Stadt Mönchengladbach

www.karl-sasserath.de

Das Team der GRÜNEN für den Stadtrat



Karl Sasserath

Platz 1 der Ratsliste
Oberbürgermeisterkandidat

Platz 1 der Bezirksvertretungsliste Süd
Dipl. Sozialarbeiter, ein Kind, Mitbegründer
und Leiter des Arbeitslosenzentrums MG e.V.
Mandate: Fraktionsvorsitzender, seit 2004
Bezirksvorsteher Rheydt-Mitte



Monika Halverscheid

Platz 2 der Ratsliste

Platz 3 der Bezirksvertretungsliste Nord
Verwaltungsangestellte, verh., zwei erw. Kinder
Mandate: Ratsfrau, Mitglied im Freizeit-,
Sport- und Bäderausschuss, Integrationsrat,
Aufsichtsrat der MGMT



Joachim Hüskens

Platz 3 der Ratsliste

Platz 3 der Bezirksvertretungsliste Süd
Selbstständiger Ingenieur, ein Kind
Mandate: stellv. Fraktionsvorsitzender,
Bezirksvertreter Rheydt-West, Mitglied im
Hauptausschuss, Mitglied des NVV Beirates.



Ulla Brombeis

Platz 4 der Ratsliste

Platz 2 der Bezirksvertretungsliste Süd
Versicherungskauffrau und Dipl.-Soziologin,
Parteigeschäftsführerin
Mandate: Ratsfrau, Mitglied
im Personalausschuss u. a.



Winfried Schulz

Platz 5 der Ratsliste

Platz 5 der Bezirksvertretungsliste Ost
Jurist, verh., zwei erw. Kinder
Sprecher Grüne Senioren
Mandate: Ratsherr, Mitglied im Aufsichtsrat
der EWMG u. a.

Wünschen Sie weitere Informationen,
haben Sie Fragen, Anregungen, Kritik?
Dann sprechen Sie uns an!



Bernd Meisterling-Riecks

Platz 6 der Ratsliste

Platz 2 der Bezirksvertretungsliste Ost
Dipl. Verwaltungswirt, verh., zwei Kinder
Mandate: Fraktionsvorsitzender der
Bezirksvertretung Volksgarten
Sportpolitischer Sprecher u. a.



Thomas R. Diehl

Platz 7 der Ratsliste

Platz 6 der Bezirksvertretungsliste Nord
Student, ledig



Anna Rogel

Platz 8 der Ratsliste

Platz 9 der Bezirksvertretungsliste Süd
Referentin Familienbildungsstätte, eine Tochter
Mandate: Vorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mitglied Grüne Jugend MG, Sprecherin AK
Frauen, Gleichstellung und Integration,
Elternrat MuKi 1



Kira Brenner

Platz 9 der Ratsliste

Platz 7 der Bezirksvertretungsliste Ost
Gymnasiallehrerin für die Fächer Mathematik
und Sozialwissenschaften, verheiratet



Anna Bögner

Platz 10 der Ratsliste

Platz 3 der Bezirksvertretungsliste Ost
Dipl.-Sozialpädagogin, verh., ein erw. Kind
Mandate: Bezirksvertreterin Volksgarten,
Mitglied im Sozialausschuss u. a.